

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Welche Rolle spielen Bremer Unternehmen beim Krieg in Rojava und inwiefern kann der Senat sich humanitär engagieren?

Im Dezember 2014 besuchten Hevi Mustafa, Ministerpräsidentin und Vorsitzende der lokalen Selbstverwaltungsstrukturen sowie der Außenminister von Afrin, Sûleyman Cafer, Bremen und trafen sich unter anderem mit Abgeordneten und dem Präsidenten der Bürgerschaft. Sie berichteten von den Fortschritten im Bereich Demokratisierung, sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung der Frauen im Kanton Afrin. Afrin war zu diesem Zeitpunkt eine der wenigen Provinzen Syriens, die vom Bürgerkrieg nahezu verschont geblieben war.

2018 hat türkische Armee mit Kampfpanzern aus deutscher Produktion und gemeinsam mit jihadistischen Terrorgruppen das kurdische Kanton Afrin in Nordsyrien besetzt. Etwa 200.000 Menschen mussten fliehen, Minderheiten wie Ezid*innen oder Christ*innen werden verfolgt und vertrieben, religiöse Einrichtungen zerstört. Dieser Angriff war klar völkerrechtswidrig. Während des laufenden Angriffskrieges gegen das Kanton Afrin genehmigte die Bundesregierung weiterhin Rüstungslieferungen an die Türkei - trotz anders lautender Ankündigungen des Auswärtigen Amtes. Momentan bereitet Rheinmetall eine gemeinsame Panzerfabrik mit dem türkischen Rüstungsunternehmen BMC vor, in der etwa 1.000 Kampfpanzer gefertigt werden sollen. Die Feuerleitanlagen dieses Panzers könnten auf der Entwicklung von Rheinmetall Electronics aus Bremen beruhen.

Gleichzeitig schotten Syriens Anrainerstaaten ihre Grenzen ab. Jordanien hat nach der Aufnahme von über eine Million syrischer Flüchtlinge seine Grenze geschlossen. Eine über 500 Kilometer lange und drei Meter hohe Mauer wurde zwischen der Türkei und Syrien gebaut. Rund um die Uhr wird sie von bewaffneten Patrouillen und Wärmebildkameras bewacht. Die EU unterstützt diese Projekte finanziell.

Vor zwei Jahren wurde das EU-Türkei-Abkommen unterschrieben, obwohl bekannt wurde dass türkische Sicherheitskräfte auf syrische Schutzsuchende schossen und die humanitäre Lage von Geflüchteten in der Türkei zum Teil katastrophal ist. Im Rahmen des Deals bekommt die AKP-Regierung 6 Milliarden Euro von der EU, weitere Finanzhilfen wurden zugesagt. Griechenland hingegen wurde dazu gebracht, auf fünf Ägäisinseln sogenannte EU-Hot-Spots einzurichten und Schutzsuchenden nicht zu erlauben, die Inseln zu verlassen. Die Folge waren immer voller werdenden Massencamps, dramatische hygienische und gesundheitliche Zustände, gewalttätige Auseinandersetzungen bis hin zu Suiziden und Mord. Die EU hat mit diesem Deal die Verantwortung, Flüchtende zu schützen, erneut an die Peripherie und an Dritte geschoben. Die türkische Regierungspolitik treibt selbst Menschen in die Flucht und hat nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, wurde aber von der EU zum Partner im Flüchtlingschutz geadelt. Derzeit steht eine Offensive auf Idlib bevor, die letzte von Rebellen kontrollierte syrische Provinz. Neben dem Krieg gegen die Rebellen werden Angriffe auf und Opfer unter der Zivilbevölkerung befürchtet, das Verhalten der Türkei wird entscheidend sein bei der Verhinderung weiterer humanitärer Katastrophen. Lokal stellt sich daher die Frage, ob Bremer Unternehmen an der Aufrüstung und Grenzabschottung der Türkei beteiligt sind oder sogar davon profitieren, und was der Senat für eine friedliche Entwicklung der Region tun kann.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele syrische Geflüchtete sind durch das EU-Türkei-Abkommen seit Beginn desselben nach Bremen gekommen und wie bewertet der Senat den sogenannten eins zu eins Mechanismus?
2. Inwiefern setzt sich der Senat auf Bundesebene für eine stärkere humanitäre Unterstützung syrischer Binnenvertriebene, etwa aus dem Kanton Afrin, ein?
3. Inwieweit unterstützt der Senat ideell oder materiell zivilgesellschaftliche Hilfe/NGOs, die in Syrien oder den Anrainerstaaten konkret die humanitäre Hilfe für Geflüchtete organisieren?
4. Wie bewertet der Senat das Aufnahmeprogramm zur „Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für syrische Flüchtlinge, die eine Aufnahme durch ihre in Deutschland lebenden Verwandten beantragen“ (Erlass e14-10-02) und ist eine Verlängerung/Neuaufgabe beabsichtigt?
5. Ist dem Senat das von der Oldenburger Oberbürgermeisterin unterstützte Projekt der Helene-Lange-Schule und der OBS Eversten bekannt, mit dem materielle und ideelle Unterstützung für Bildungseinrichtungen im Kobane/Rojava organisiert wird (https://www.nwzonline.de/oldenburg/bildung/oldenburg-benefizaktion-schueler-erlaufen-25-000-euro-fuer-koban_a_32,1,1309309183.html)? Hält der Senat ein ähnliches Projekt auch in Bremen für möglich und wird er sich entsprechend einsetzen?
6. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit einer Städtepartnerschaft mit einer nordsyrischen Stadt in Rojava, wie sie beispielsweise Rom mit Kobane vereinbart hat?
7. Welche Art und welche Menge an genehmigungspflichtigen Rüstungsgütern und Munition im Sinne des Gefahrgutrechtes (Hafenordnung) wurden über die Bremischen Häfen in den vergangenen zwei Jahren für den Export in die Türkei umgeschlagen?
8. Inwiefern waren türkische Rüstungsfirmen und Armeeangehörige bei Veranstaltungen der städtischen Messe Bremen GmbH, etwa der Rüstungsmesse „Underwater Defence Technology“, vertreten?
9. Ist dem Senat das geplante Joint-Venture für den Bau einer Panzerfabrik in der Türkei unter Beteiligung von Rheinmetall und dem türkischen Rüstungskonzern BMC bekannt? Ist die Bremer Rheinmetall Electronics GmbH etwa durch Zulieferung von Feuerleitanlagen an dem Panzerprojekt beteiligt?
10. Sind weitere Bremer Firmen an der Entwicklung des türkischen Kampfpanzers in der geplanten Fabrik beteiligt?
11. Sind Bremer Firmen an Bau und Überwachung der Grenzmauer zwischen der Türkei und Syrien beteiligt?

Sophia Leonidakis, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE